

Volks-Zeitung

mit täglichem
Familienblatt und
Illustrationsblatt

Telephon Amt 1, Nr. 2012-1016. Filialen: Pragauer Str. 41, Kottbusstraße 1, Wilmersd. 1-4, Frankfurter Allee 61-62, Franzosenstr. 11 und Prenzlauer Allee 8, Schulendorfer Str. 22, Köpenicker Str. 60, Köpenicker Str. 61, Köpenicker Str. 62, Köpenicker Str. 63, Köpenicker Str. 64, Köpenicker Str. 65, Köpenicker Str. 66, Köpenicker Str. 67, Köpenicker Str. 68, Köpenicker Str. 69, Köpenicker Str. 70, Köpenicker Str. 71, Köpenicker Str. 72, Köpenicker Str. 73, Köpenicker Str. 74, Köpenicker Str. 75, Köpenicker Str. 76, Köpenicker Str. 77, Köpenicker Str. 78, Köpenicker Str. 79, Köpenicker Str. 80, Köpenicker Str. 81, Köpenicker Str. 82, Köpenicker Str. 83, Köpenicker Str. 84, Köpenicker Str. 85, Köpenicker Str. 86, Köpenicker Str. 87, Köpenicker Str. 88, Köpenicker Str. 89, Köpenicker Str. 90, Köpenicker Str. 91, Köpenicker Str. 92, Köpenicker Str. 93, Köpenicker Str. 94, Köpenicker Str. 95, Köpenicker Str. 96, Köpenicker Str. 97, Köpenicker Str. 98, Köpenicker Str. 99, Köpenicker Str. 100. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Siehe die illustrierte Sonntagsbeilage Nr. 30.

Zwei Revisionisten.

von
Dr. Rudolf Brechtold.

Auch die fortschrittliche Volkspartei hat ihre Revisionisten. Raum ist das Programm des geringsten Liberalismus angenommen. Da kommen auch schon zwei seiner Mitglieder, die Abgeordneten Fleisch und Potthoff, mit Änderungsversuchen. Und es sind nicht etwa Nebenfragen, um die es ihnen geht: Sie legen die Art geradezu an die Wurzel des Programms, denn sie wollen die Partei in eine Gruppe aus geänderter Stellung zu der Arbeiterfrage, zum sozialen Problem, hindrängen.

Die offiziellen fortschrittlichen Organe registrieren sonst mit Sorgfalt die Geistesblitze ihrer Anhänger. Die beiden Revisionisten aber, die sich gegenseitig den Ball zuwerfen, schweigen sie tot. Das läßt sich verstehen. Es hat Mühe genug gekostet, die drei Gruppen unter einen Hut zu bekommen. Soll man jetzt nach wenigen Monaten mit der Diskussion schon wieder beginnen? Und dann auch noch an einem so heißen Punkte, wie es die Frage der Wirtschaftsordnung ist?

Wenn es gewöhnliche Sterbliche wären, die den mühsam erzwungenen Frieden so höflich hörten, würde man ihnen wohl energisch auf den Mund klopfen und ihnen klar machen, wo der Zimmermann das Dach gelassen hat. Aber es sind immerhin zwei Abgeordnete. Da schweigt man in der Hoffnung, daß sie sich allmählich wieder beruhigen werden, wenn niemand sich anspricht, in die Debatte eingreift.

Weshalb auch lagen sich die leitenden Stellen, daß es im Grunde so zwei „Liberale“ seien, die sich da ihre Zeit mit allerlei Theorien vertreiben, und doch für die große Masse der Parteigehörigen keinerlei Gefahr der Anstichung durch die beiden „sonderbaren Schwärmer“ bestände. Und darin hätten sie ebenfalls recht, denn was Potthoff und Fleisch verlangen, das scheint so unendlich weit hinaus über die Ziele, die sich das Gros der fortschrittlichen geltend hat, daß eine Gefahr, ihre Anregungen könnten verwirrend oder zerlegend in den Reihen des entschlossenen Liberalismus von heute wirken, kaum vorhanden ist.

Worum handelt es sich? Bei dem Abgeordneten Dr. Potthoff ist es am klarsten. Er geht von dem Gedanken aus, daß der Kern der Bewegung vor der Sache zukomme und gelangt für die Wirtschaftsordnung zu der Konklusion, daß die Menschen an die Produktionsmittel herankommen, das heißt, daß ein System zu beschließen ist, das diesen Zutritt zu den Produktionsmitteln nur in einem einzigen Weisheit. Der Kapitalismus, das Privateigentum an Produktionsmitteln, die Herstellung von Waren, macht einer höheren Wirtschaftsform Platz.

Potthoff sagt selbst, daß dies ein wenig nach sozialistischem Zukunftsstaat schmeckt. Die maßgebenden Personen der fortschrittlichen Volkspartei werden den Geschmack noch recht intensiv finden, und wenn sie ihn nicht ganz offen fragen: „Freund, wie bist du herangekommen?“ so eben, weil es ihnen der Mühe nicht wert scheint, um eines einzelnen willen Aufsehen zu erregen.

Dr. Fleisch, Stadtrat in Frankfurt und Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, der ebenfalls die programmatische Stellung der Partei zu dem Problem der sozialen Politik einer Revision unterziehen will, ist weniger konsequent als sein Kollege aus dem Reichstag. Das mag wenigstens zum Teil daher kommen, daß er vom juristischen Standpunkt aus an die Dinge herantritt. Er zielt auf eine Veranbarung des Arbeitsvertrages, aus einem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis. Er stellt eine ganze Reihe von anerkannterwert radikalen Spezialforderungen auf, die sich — theoretisch — ohne eine Änderung des Wirtschaftssystems verwirklichen lassen. Er betont das, was ihn von der Sozialdemokratie trennt, die die Basis des Wirtschaftssystems verändern will. Auf dem Plingstongress der Wirtschaftlichen Gewerkschaften hat er einen der Vorträge, die im Anschluß an seinen Vortrag zur Diskussion gestellt wurden, dahin formuliert, daß die Entwicklung der Volkswirtschaft auf dem Arbeitsverhältnis beruhe, das heißt, daß diejenigen, die über die sachlichen Produktionsmittel verfügen, auch die Möglichkeit der Verfügung über die notwendigen Arbeitskräfte erhalten.

Wenn diese Ziele einen Sinn hat, so ist sie ein Bekenntnis zum Kapitalismus und mit ihr würde Dr. Fleisch in der fortschrittlichen Volkspartei bestehen. Man würde, zwar wahrscheinlich kaum geneigt sein, das Programm mit einer feineren Würdigung entsprechenden Weise zu ändern, aber man könnte ihn seinen sozialreformativischen Zielen überlassen.

Aber nun hat sich die Sachlage neuerdings geändert. Von Potthoff kritisiert.**) erklärt Fleisch jetzt, daß ihm der Kapitalismus gefalle, und daß er nur die Frage nach dem „Wohin“ unbeantwortet lasse. Nur, wer dorthin die Wege hingelenkt? Einetwegen könnte dies Driven auch sozialistisch sein, jedenfalls aber würde er als Politiker eben mit dem Bestehenden rechnen und hier für die Arbeitnehmer so viel als möglich durch die Umwandlung des Arbeitsvertrages in ein Rechtsverhältnis erreichen.

Nun ist zwar die Erörterung über die Zukunft der Wirtschaftsordnung durchaus keine metaphysische Spekulation.

und auf die Dauer kann ein Politiker, der festem Boden unter den Füßen haben will, nicht ohne bestimmte Vorstellungen von der kommenden Entwicklung der gesellschaftlichen Zusammenhänge existieren. Aber lassen wir das alles beiseite. Kann Fleisch wirklich annehmen, daß die Volkspartei sich hinter diejenigen stellen werde, die entweder die Volkspartei des Sozialismus — lagen wir — jünger, oder, wie er selbst, in seiner letzten Meinungsäußerung dem Kapitalismus indifferent gegenübersehen?

Wer da glaubt, die heutigen Liberalen für eine Behandlung der Arbeiterfrage gewinnen zu können, die nicht unbedingt die Warenproduktion und die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln zur Voraussetzung hat, der befindet sich über das Wesen des Liberalismus dieser Art in einem verhängnisvollen Irrtum.

Die liberalen Parteien sind zurzeit die politischen Vertretungsorgane der kapitalistischen Bourgeoisie, der industriellen wie der handelsbetreibenden. Sie können die soziale Reform unterstützen, aber sie werden niemals die Grenze überschreiten, die ihnen durch die Rücksicht auf die Erhaltung des Kapitalismus gezogen ist. Für sie ist die Sozialpolitik in der Hauptsache doch nur ein Mittel, um die bestehende Wirtschaftsreform flüchtig zu helfen.

Besonders, wenn sie sich gegen den Feudalismus stark machen wollen, können sie unter Umständen recht weit in Zugeländnissen an die Arbeiterfrage gehen. In solchen Zeiten mag ein nicht unbeträchtlicher Teil von Sozialpolitikern in ihren Reihen stehen, aber wer jene Grenze nicht respektiert, wird nie als zugehörig betrachtet werden.

Vielleicht wird Herr Dr. Fleisch das alles Theorie nennen. Aber hat er keine praktischen Beispiele vor Augen? Sind Kampf-Berlin und Cuno-Berlin vereinzelte Ausnahmen in der fortschrittlichen Volkspartei? Ist die absolut unsoziale Gefinnung der Kommunalparlamentarier ein Zufall, der der Demokratie entgegensteht?

„Wer wie Fleisch ein praktischer Politiker sein will, der sehe“ wie es in seinem Frontalstück heißt, „hier sich um“. Die Liberalen sind nicht willens und nicht imstande, seine Wechsel einzulösen.

Aber er wird den Liberalismus reformieren wollen. Gut, wenn er eine Partei hinter sich bringt, die sich auf seinen Standpunkt stellt — vom Potthoffischen gar nicht zu reden — so ist das eben eine Gewinne, die weiter links hält, dort, wo die Sozialdemokratie oder die demokratische Bewegung stehen, so ist es mit anderen Worten eine Partei der Arbeitnehmer.“

Wären Fleischs Bemühungen darauf gerichtet, die Lohnempfänger, die noch auf der anderen Seite stehen, von der Umarmung durch eine ihren Interessen fernstehende Partei zu lösen, so müßte man seine Bestrebungen mit Freuden begrüßen. So aber wird sein Revisionismus (so gut er gemeint ist, die Red.) seinen Erfolg haben, denn auch die Fleisch und Potthoff werden es nicht erreichen, daß der Liberalismus, wie er zurzeit beschaffen ist, über seinen eigenen Schatten springt.

Von Bassermann bis Bebel.

Am 21. d. M. hielt der Abgeordnete Konrad Hausmann im Reichstagsklub der Reichstags- und Ludwigsburg eine Rede für den nationalliberalen Kandidaten Lettinger, in der er ausführte:

Wenn ein liberaler Nationalliberaler, der sich ehrlich liberaler Politik bemessenem stellt, in der Wahl steht, und wir selbst einen Sieg nicht erwarten können, müßten wir für seine Wahl offen und scharf eintreten. Dabei bin ich frei von Illusionen und weiß mich nicht in der Gewissheit, ob die nationalliberale Partei von Preußen diejenige Stütze entziehen, die wir in diesen Wahlkreis vor drei Jahren erfolgreich gewahrt haben. Da ändert auch die Tatsache nichts, daß die Sozialdemokratie das Mandat gern erwerben möchte.

Die Politik der heutigen Reichstagsmehrheit ist vollauf sachlich und entwicklungsbedingend, so daß eine Entschädigung der Partei des preussischen Adels, der für diese Politik die größte Verantwortung trägt, abzugeben ein nationales Notwendigkeit geworden ist. Sie dem Herrn v. Edenburg und Genossen ein Mandat gewonnen werden kann, da die Zustimmung für den Sozialdemokraten die unvermeidliche Forderung einer politischen Besserung. Die Gesamtpolitik darf nicht nach rechts gehen, sonst ist die Entwicklung bauernd verfahren, und liberale Ziele werden eintreten. Die Front der Rechten fordert eine Front der Linken. Wenn eine Front der Linken erforderlich sein soll, muß sie auch die nationalliberalen Bassermanns Richtung mit umfassen, und ich bitte meine politischen Freunde im ganzen Wahlkreis, mit Entschiedenheit für die Wahl des entschiedenen liberalen Kandidaten Lettinger nicht nur zu stimmen, sondern zu wirken und einzutreten.

Wittelsprüche hat sich herausgestellt, daß Herr Bassermann durchaus nicht gewillt ist, dem Reststreben der Schwerindustrie und des Gebirgsbauerns Kabinetts gegen ihn zum Opfer zu fallen. Der Herr Bassermann nahelebende „Mannheimer Generalanzeiger“ erklärt, alle Behauptungen von einer Mandatsmündigkeit Bassermanns hätten ihren Ursprung in den schismenmüden Wünschen rechtsnationalliberaler und konservativer Autoren, eine Spaltung

*) Es mag hier die Bemerkung platzgreifen, daß die demokratische Bewegung sich niemals nur als eine Partei für Arbeitnehmer, niemals als eine Reichstags-Partei betrauten darf, denn dann hätte sie keine Zukunft. Die Red.

und Rechtsförmung der nationalliberalen Partei herbeizuführen. Aus diesen Gründen solle Bassermanns Mandatsmündigkeit erzwungen werden. Eine solche Idee aber nicht vor. Die Freunde, die mit dem Sturz Bassermanns die nationalliberale Partei der Reichspolitik gefügig machen wollten, hätten sich zu früh gehängt. Es liegt auf der Hand, daß ein Großklub der Linken mit den nationalliberalen Gegnern Bassermanns nun und nimmer zustande kommen wird.

Die Tuberkulinsimpfung. Eine Revision der sämtlichen deutschen Quarantänestationen für die Einfuhr dänischen Viehes wird zurzeit auf Veranlassung des Reichsanzeigers durch den Direktor im kaiserlichen Gesundheitsamt, Professor Osterlag, dem der zum Gesundheitsamt kommandierte Stabsarzt Dr. J. Reineck beauftragt ist, vorgenommen. Zweck der Revision ist, wie die „Allgemeine Heiliger-Zeitung“ berichtet, vor allem die genaue Orientierung über die Art, wie in den einzelnen Anstalten die Tuberkulinsimpfung gehandhabt wird. Die Anstalten in Kottbus und Lübeck sind bereits besichtigt, zurzeit befinden sich die Herren in Altona; in Frage kommen ferner die Anstalten in Kiel, Flensburg und Apenrade. Man greift wohl nicht fehl, wenn man diese Revisionsreise in Verbindung bringt mit einer Prüfung der Frage, ob die Tuberkulinsimpfung noch ferner beizubehalten ist.

Die Vorgeschichte von 1870/71.

Aus Paris meldet die „Frankf. Zig.“: Das Ministerium des Inneren hatte bereits vor drei Jahren eine besondere Kommission von Generalstabsoffizieren, Geheimschreibern und vereideten anderen Gelehrten eingesetzt, die in Verbindung mit einigen der berühmtesten Diplomaten die diplomatische Vorgeschichte des Krieges von 1870/71 und diesen selbst sorgfältig bearbeitet sollte. Diese Kommission, der Bourgeois und Joseph Reineck angehören, hat ihre Arbeiten so weit gefördert, daß in den nächsten Tagen die zwei ersten Bände des Dokumentes erscheinen werden. Die Arbeit stellt eine Antwort auf die Darstellungen C. Liviers dar. Die beiden ersten Bände beziehen sich auf die Jahre 1863 und 1864, das heißt besonders auf die Ereignisse, die sich um die dänische Frage abspielten. Die nächsten Bände werden sich auf den österreichischen Krieg und auf die Luxemburger Affäre beziehen. Es geht aber schon aus den beiden ersten Bänden hervor, daß in Paris eine doppelte Politik getrieben wurde, das heißt, daß Napoleon III. eine persönliche Politik betrieb, die nicht immer mit derjenigen der Regierung übereinstimmte.

Der Schatz des Kindes

gegen den Alkohol.

Im Reichsanzeiger lesen wir: Wenn für anerkannte Gesundheitsmaßnahmen die Behörden planmäßig eintreten, so kann man auf einen erfreulichen Erfolg rechnen. Für den Kampf gegen die Gefahr, die Kindern und namentlich den Kleinsten unter diesen der Alkoholgehalt bringt, hatte der Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke durch Abfassung und Herausgabe eines Merkblattes den Weg gebahnt. Aber auch von ärztlicher Seite und von Seiten anderer Vereine war mancherlei für die Auffklärung der Eltern über die Alkoholgefahr geschehen. Das preussische Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten hatte sich besonders warm dieser Sache angenommen und durch Erlass vom 3. März 1909 eine Instruktion an die Regierungspräsidenten erteilt, inwieweit seine Anträge auf fruchtbarer Boden gefallen sind.

Aus den inzwischen eingegangenen Berichten werden nun in einem weiteren Erlasse des Ministeriums die Ergebnisse mitgeteilt, die in den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes vom 29. Juni 1910 abgedruckt sind. Insgesamt sind weit über zwei Millionen Merkblätter beschafft und zum größten Teil der Gelegenheit der öffentlichen Anzeigen bereits im Jahre 1909 verteilt worden. Außer den Nachschulungen der öffentlichen Anzeigen sind auch zahlreiche andere Gelegenheiten zu ihrer Verbreitung benutzt worden. So haben zum Beispiel die Kreisärzte bei den von ihnen vorgenommenen Schulbesichtigungen die Merkblätter verteilt und ihren Inhalt erläutert, auch bei den Kreislehrkonferenzen über ihren Inhalt Vorträge gehalten. Die Lehrer haben die Merkblätter beim Unterricht oder bei den Schulausstellungen besprochen, auch wohl das Einlesen der Blätter in die Schulbücher vorgeschrieben.

Von anderen hier und da benutzten Verbreitungsmöglichkeiten sind zu nennen die Verteilung durch die Beambten an die von ihnen Entbundenen, durch die Landesämter bei Gesundheitsanmeldungen und Trauungen, durch die mit der Durchführung der Arbeiterversicherungsangelegenheiten befaßten Beamten bei der Ausstellung und dem Umtausch von Invalidenquittungsarten, durch die Güter- und Fabrikverwaltungen bei den Lohnzahlungen, durch die Geistlichen an Konfirmationen, endlich der Abdruck der Merkblätter in Zeitungen und Volkskalendern.

Die Aufnahme der Befehle wird, von Ausnahmefällen abgesehen, allgemein als gutartig besprochen. Daß durch geregelte Verbreitung von einer einmaligen Verteilung nicht zu erwarten ist, war vorauszuversetzen. Erfreulicherweise hat nach dem Ministerialerlass die überwiegende Zahl der Kreise und Gemeinden sich zur Wiederholung der Verbreitung bereitwillig gelassen. Der Erlass stellt an die Regierungspräsidenten das Ergehen, dort, wo überhaupt noch keine Verteilung stattgefunden hat, oder wo eine Wiederholung solcher nicht in Aussicht genommen ist, auf die Möglichkeit der Nachzügung hinzuwirken. Er weist weiter auf die Zweckmäßigkeit hin, auch auf eine Verbreitung solcher Merkblätter die Gemeindefähigkeit des Alkoholgebrauches überhaupt nicht

*) Die beschriebenen und interessanten Artikel, von denen hier die Rede ist, waren im politischen Teile des „Berliner Tageblatts“ erschienen. Die Red.

**) Gleichfalls im „Berliner Tageblatt“.